

Abg. Kunert erklärte, dass es sich beim Deutschen Museum in Bonn nicht um ein Museum im üblichen Stil handele, sondern eher um eine Bildungseinrichtung, die von vielen Schulklassen aus dem Rhein-Sieg-Kreis besucht werde. Mit seiner Ausrichtung, gerade auch im Bereich der MINT-Fächer, erfülle es ein Alleinstellungsmerkmal für die Region. Es bedeutete einen Verlust, wenn diese als qualitativ hochwertig anerkannte pädagogische Einrichtung ihr Angebot aufgrund finanzieller Engpässe einschränken müsste. Daher bitte sie, um die Zukunftssicherung des Museums zu gewährleisten, darum, den Antrag zu unterstützen.

Abg. Hauer stellte ergänzend fest, die mittel- und langfristige Finanzplanung der Stadt Bonn lasse die Vermutung aufkommen, dass diese sich nach und nach aus der Finanzierung des Museums zurückziehen wolle. Das Deutsche Museum komme auch aus seiner Sicht einem außerschulischen Lernort gleich und verdiene insberdondere im Hinblick auf die MINT-Fächer Unterstützung.

SkBin Rentzsch kündigte ebenfalls ihre Zustimmung an und schlug vor darauf hinzuwirken, dass sich das Museum selbst in noch stärkerem Maße als bisher um Unterstützung von privater Seite aus bemühen solle. Dabei habe sie vor allem die Wirtschaft im Blick, die, wenn Ausbildungsbetriebe besser vorbereitete Schüler bekämen, aus einer solchen Einrichtung durchaus einen positiven Effekt erzielen könne.

Dezernent Wagner knüpfte daran an und legte dar, es gebe bereits sehr viele private Investoren aus dem Rhein-Sieg-Kreis, was damit in Zusammenhang stehe, dass viele Schülerinnen und Schüler aus dem Kreisgebiet die Einrichtung besuchten. Der Antrag sei auch deshalb in den Ausschuss für Schule und Bildungskoordination verwiesen worden, da das Deutsche Museum ein geeigneter Kooperationspartner im Rahmen des zdi-Netzwerkes sein könne. Ob die von der Stadt Bonn beschlossene Förderung für die Zukunftsfähigkeit des Museums ausreiche, wisse er nicht. Es habe aber das Signal gegeben, dass mit dem hier beantragten Zuschuss das Haus zumindest in den nächsten beiden Jahren finanziell auf sicherem Boden stehe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende über den gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen abstimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: